



Ralf Fücks / Anne Hufnagl

„Das Interview“ mit Ralf Fücks

„Europa ist stärker, als wir denken“

Ralf Fücks, Direktor des Zentrums Liberale Moderne und ehemaliger Grünen-Politiker, beschreibt die großen Linien unserer Zeit. Im Interview spricht er über den globalen Systemkonflikt, deutsche Russlandbilder, Migration und die Krise der Parteien.

INTERVIEW MIT RALF FÜCKS am 2. April 2026

Ralf Fücks (74) ist der Direktor des Zentrums Liberale Moderne in Berlin. Er ist seit 1982 Mitglied der Grünen und leitete mehr als 20 Jahre lang die Heinrich-Böll-Stiftung.

Herr Fücks, Sie attestieren den Deutschen immer wieder einen ausgeprägten Zukunftspessimismus. Muss man angesichts der Weltlage inzwischen nicht eher von einem Zukunftsrealismus sprechen?

Dass wir uns auf stürmische und unbequeme Zeiten einstellen müssen, ist sicher realistisch. Die Frage ist, mit welcher Grundhaltung wir in diese neue Zeit gehen. Mit Selbstvertrauen und Zuversicht in die Handlungsfähigkeit der liberalen Demokratie oder mit Kleinmut? In Asien findet man einen ganz anderen Aufbruchgeist und Zuversicht, trotz aller Probleme. Davon sollten wir uns anstecken lassen.

Haben die Deutschen ein Mindset-Problem?

Es gibt im Englischen das geflügelte Wort „German Angst“. Da ist was dran. Vielleicht sind im deutschen Kollektivbewusstsein aufgrund der vielen Krisen und Katastrophen des letzten Jahrhunderts das Sicherheitsbedürfnis und die Risikoaversion besonders ausgeprägt. Keine gute Voraussetzung für ein Zeitalter stürmischer Veränderungen. Die erleben wir technologisch mit der digitalen Revolution und der künstlichen Intelligenz. Aber auch außen- und sicherheitspolitisch mit dem Zerfall der liberalen Weltordnung und der Abkehr der USA von der transatlantischen Allianz. Zugleich trumpfen autoritäre Mächte selbstbewusst und offensiv auf, vorneweg China. Auch Russland spekuliert auf die Schwäche der europäischen Demokratien. Zu alledem funktioniert das alte ökonomische Erfolgsmodell Deutschlands nicht mehr. Wir können diesen Sturm von Veränderungen nicht von uns fernhalten, sondern müssen versuchen, sie zu gestalten.

Wie zum Beispiel?

Nehmen Sie den aktuellen Iran-Krieg: Wie gehen wir damit um? Die Bundesregierung sagt: Das ist nicht unser Krieg, wir halten uns raus. Die Ukraine, die erheblich mehr Grund hätte, sich über Trump zu beklagen, nutzt die Gelegenheit, um ihre Position zu stärken. Wolodymyr Selenskyj tourt durch die Golfstaaten und schließt mit Saudi-Arabien und anderen Staaten Kooperationsabkommen. Das ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie man sich zu kritischen Entwicklungen verhält: Steht man am Rand und ringt die Hände oder agiert man als aktiven Faktor?

Lesen Sie auch



„Das Interview“ mit Jan Fleischhauer

„Die Leute haben Mallorca gebucht und sind in Bukarest aufgewacht“

Wie sollten wir die Zusammenarbeit mit Donald Trump gestalten? Es scheint nie klar, wie viel von dem, was er heute sagt, morgen noch gilt.

Wir sind in einem dramatischen Dilemma. Wir können uns nicht mehr auf die USA verlassen, zumindest nicht auf diese Administration. Und niemand weiß, was danach kommt. Trump und sein Vize JD Vance behandeln das liberale, demokratische Europa als Gegner. Sie wollen ein anderes Europa, eines von Orbán und der AfD. Gleichzeitig sind die USA ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheit, selbst wenn wir endlich die Rüstungsindustrie ankurbeln und die europäische Verteidigung selbst in die Hand nehmen.

Meinen Sie, wir werden noch lange auf die USA angewiesen bleiben?

Die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa, die ganze Logistik, die dahintersteht, und die Zusammenarbeit im Rahmen der Nato sind immer noch die europäische Lebensversicherung. Unseren Partnern aus dem Baltikum oder aus Polen ist das klar. Die wissen: Wenn die Amerikaner sich aus Europa zurückziehen und ihre Beistandsgarantie aufkündigen, ist das eine Einladung an Putin, uns militärisch unter Druck zu setzen. Jetzt beginnt die Diskussion über eine europäische atomare Abschreckung, aber das steht noch ganz am Anfang. Noch hängen wir am nuklearen Schutzschirm der USA. Auch konventionell sind wir nicht auf einen Konflikt mit Russland vorbereitet, und Putin weiß das. Es ist brandgefährlich, dass Trump ihm möglicherweise den Gefallen tun wird, Europa fallen zu lassen. Darauf arbeitet Russland schon lange hin.

Lesen Sie auch



„Das Interview“ mit Daniel Haas

„Die Essenz eines gelungenen Lebens sind Liebe und Freundschaft“

Dennoch herrscht in Deutschland vor allem auf der ganz linken und der ganz rechten Seite ein großes Verständnis für Putin. Woher kommt die deutsche Russland-Sentimentalität?

Die deutsche Russland-Seligkeit hat tiefe Wurzeln, bis hin zum Klischee einer besonderen Seelenverwandtschaft – einer Mischung aus Romantik und Brutalität. Man versteht sich als Gegenmodell zum angelsächsischen Kapitalismus, zum liberalen Individualismus und einer oberflächlichen Kommerz-Kultur. Bei der AfD wie bei der Linkspartei ist es dieses Antiliberale, Antiwestliche, das durchschlägt. Auch in den deutschen Eliten hat die Vorstellung einer Sonderbeziehung zwischen Deutschland und Russland eine lange Tradition.

Warum das?

Historisch reicht sie von den polnischen Teilungen zwischen Preußen und dem Zarismus bis hin zum Hitler-Stalin-Pakt. Dazu gehört auch die Idee einer ökonomischen Allianz: Deutschland liefert Russland moderne Industriegüter, und Russland sichert den Rohstoffbedarf der deutschen Wirtschaft. Auch die Nord Stream-Pipelines standen in dieser Tradition. Bis heute denken viele unsere Ostpolitik nur mit Blick auf Russland. Man nimmt die mittel-osteuropäischen Staaten nicht ernst, sondern betrachtet sie als bloße Manövriermasse. Das gilt auch für die Ukraine.

Lesen Sie auch



„Das Interview“ mit Tijen Onaran

„Resilienz lernt man nur durch Herausforderungen“

In ihrem Buch „Freiheit verteidigen“ machten Sie den Punkt, dass die Deutschen vor allem Russland gegenüber Schuldgefühle wegen des Zweiten Weltkrieg haben, sich diese aber nicht auf die Ukraine erstrecken.

Für viele Deutsche gilt das Gefühl von Schuld und Verantwortung nur gegenüber Russland. Als hätte die deutsche Kriegs- und Besatzungspolitik nicht auch und gerade in Polen, der Ukraine, in Weißrussland eine enorme Blutspur gezogen. Diese Länder haben auch ihren Beitrag für den Kampf gegen den Nationalsozialismus geleistet. Bis heute trifft man ständig auf das Argument von den 27 Millionen toten Russen. Dabei waren das zu einem hohen Anteil nicht-russische Nationalitäten. Dieses einseitige Geschichtsbild wird systematisch von der russischen Propaganda ausgeschlachtet. Sie spielt geschickt mit der deutschen Furcht vor Russland, etwa wenn damit gedroht wird, dass Deutschland im Falle eines Konflikts das Hauptangriffsziel russischer Atomwaffen sei. Die russische Drohpolitik setzt darauf, dass „Nie wieder Krieg“ für viele Deutsche „Nie wieder Krieg mit Russland“ heißt.

Angst ist vielleicht noch das verständlichste aller Motive für die Demut gegenüber Russland.

Niemand will Krieg mit Russland, jedenfalls niemand, der bei Trost ist. Die Frage ist: Wie verhindert

man ihn? Durch ständiges Entgegenkommen oder durch eine klare Politik der Stärke, die sagt: Bis hierher und nicht weiter?

Wie könnten wir diese Stärke ausstrahlen?

Das fängt damit an, ob wir bereit sind, die Ukraine so stark zu machen, dass sie dem russischen Angriff nicht nur standhalten, sondern wieder die Oberhand gewinnen kann. Unsere Haltung zur Ukraine ist eine klare Botschaft an Putin. Entweder wir signalisieren ihm: Europa ist schwach. Das heißt für ihn, er kann immer weiter gehen. Oder wir signalisieren ihm: Europa ist stärker als du denkst, wir sind entschlossen, die russische Aggressionspolitik in der Ukraine zu stoppen. Da sind wir immer noch nicht wirklich klar.

Lesen Sie auch



C+ „Das Interview“ mit Hasnain Kazim

„Zu viele nutzen Begriffe wie ‚islamophob‘, um Kritik zu verhindern“

Wenn wir schon bei einer Politik der Stärke sind, kommen wir doch nochmal zu Donald Trump. Der betreibt so eine derzeit vor allem gegenüber dem Iran, der eine ständige Bedrohung für Israel darstellt. Macht Trump da nicht einiges richtig?

Das ist für viele gar nicht vorstellbar, dass die Falschen etwas Richtiges tun können. Und zu den Falschen gehört in unserer Wahrnehmung nicht nur Trump, sondern auch Benjamin Netanjahu. Ich habe bei zahlreichen Kommentaren den Eindruck, dass viele sich eher ein Scheitern Trumps und Netanjahus wünschen als das des iranischen Regimes. Es gibt gute Argumente gegen diesen Krieg, vor allem die Strategie- und Konzeptlosigkeit der Trump-Administration. Regime-Change per Luftkrieg war eine Illusion, und es ist reiner Dilettantismus, dass man nicht auf die Sperrung der Straße von Hormus vorbereitet war.

Aber?

Die Zerstörung der Kriegsfähigkeit des iranischen Regimes wäre ein Segen für die Region – nicht nur für Israel. Auch für die europäische Sicherheit wäre das ein Gewinn. Es kann in diesem Konflikt keine Äquidistanz zwischen Iran auf der einen und Israel und den USA auf der anderen Seite geben. Schon gar nicht, wenn man noch einen Rest von historischer Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat bewahren will. Israel hat diesen Krieg nicht begonnen. Der Iran führt seit Jahr und Tag einen Stellvertreterkrieg gegen Israel, bis hin zum direkten Raketenangriff im vergangenen Jahr. Die Vernichtung des „zionistischen Krebsgeschwürs“ ist das oberste Ziel des iranischen Regimes. Das auszublenden, finde ich höchst irritierend.

Allgemein könnte man argumentieren, dass Trump für Israels Sicherheit viel mehr erreicht hat als Europa.

Ob der Krieg, wie er jetzt geführt wird, das iranische Regime nachhaltig schwächt, ist noch eine offene Frage. Aber man sollte zumindest einräumen, dass die europäische Iran-Politik ein Fehlschlag war. Das Atomabkommen mit dem Iran ist nicht gescheitert, weil es von Trump gekündigt wurde, sondern weil das iranische Regime nie von seinem Atomprogramm, seiner Raketenrüstung und seiner aggressiven Regionalpolitik abgelassen hat. Gleichzeitig hat Europa tatenlos zugesehen, wie die Hisbollah das Friedensabkommen für den Libanon ignoriert und mit Hilfe des Iran ein enormes Raketenarsenal gegen Israel aufgebaut hat. Aber wenn Israel jetzt die Hisbollah angreift, hagelt es

Warnungen vor Eskalation. Zugespitzt muss man sagen, dass wir durch unsere Passivität zu der Situation beigetragen haben, die jetzt zum Krieg führte.

Lesen Sie auch



C+ „Das Interview“ mit Esther Bockwyt „Psychologie ist kein Instagram-Spruch“

Israelhass und Antisemitismus haben in Deutschland massiv zugenommen.

Auch hier gilt, dass die Politik und ein Großteil der Öffentlichkeit viel zu lange weggeschaut haben. Wir haben Judenfeindlichkeit traditionell mit dem völkischen Antisemitismus der Rechtsextremen verbunden. Den gibt es nach wie vor als Generalvorurteil gegen die Juden. Aber wir haben viel zu lange die zwei anderen Erscheinungsformen des Antisemitismus ignoriert. Der von ganz links tritt als Antikolonialismus auf und verdammt Israel als Apartheidstaat. Ein Antisemitismus mit gutem Gewissen, der das Existenzrecht Israels in Frage stellt, weil er Zionismus per se als Unrecht darstellt.

Die zweite Erscheinungsform ist der islamisch-arabisch geprägte Antisemitismus.

Man hat nach dem 7. Oktober gesehen, wie groß die Freude in Teilen der islamisch-arabischen Community war. Und wie massiv der Israelhass in diesen Milieus ist. Zusammen mit dem linken Antizionismus ergab das einen Dambruch offener Israelfeindschaft. Antizionismus ist oft nur die Fassade für Antisemitismus. Für jüdisches Leben wird die Luft immer dünner, nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien, Belgien, Frankreich, in vielen europäischen Staaten. Eine dramatische Situation, auf die wir nicht adäquat reagieren. Konsequenter strafrechtlich gegen Gewalttaten, Drohungen, Hassrede gegenüber Juden vorzugehen, ist das eine. Aber entscheidend ist, diesen Problemen offensiv zu begegnen, statt sie unter den Teppich zu kehren.

Wie blicken Sie auf die Rolle Ihrer Partei der Grünen, die eine starke Willkommenskultur pflegte? Mit Kritik an den Schattenseiten der Migration tut sie sich bis heute schwer.

Dass die Grünen die Humanität gegenüber Flüchtlingen hochhalten, die vor Krieg und Gewalt fliehen, finde ich nach wie vor richtig. Aber es war ein großer Schuss Naivität dabei, nicht zu sehen, welche Probleme mit der millionenfachen Zuwanderung von Menschen mit einer ganz anderen Sozialisation und anderen Prägungen verbunden sind.

Wie sollten die Grünen sich da positionieren?

Wir müssen stärker steuern, wer zu uns kommt. Und wir müssen an die Ankommenden sehr klare Erwartungen formulieren hinsichtlich unserer Werte und Regeln. Schon in Kindergärten und Schulen muss ein klarer Wertekompass vermittelt werden. Dazu gehört, dass die Abwertung von Frauen und ein Machtanspruch über sie nicht akzeptabel ist. Das gilt auch für eine feindliche Haltung gegenüber Israel und Juden. Die Blauäugigkeit gegenüber dem politischen Islam und seinen antidemokratischen, frauenfeindlichen, antisemitischen und gewaltaffinen Elementen ist gefährlich. Sie ruiniert am Ende auch die Akzeptanz für eine liberale Asylpolitik.

Es irritiert, wie stark sich Linke daran beteiligen, etwa bei den sogenannten propalästinensischen Protesten oder in Form von Solidarität für das iranische Regime.

Dass man Sympathien für Regimes entwickelt, die Demokratie, Gleichberechtigung, Redefreiheit, Religionsfreiheit mit Füßen treten, kommt der Selbstaufgabe einer emanzipatorischen Linken gleich.

Man ist bereit, sich mit den reaktionärsten Regimes dieser Erde zu verbünden, wenn sie nur gegen Israel und die USA agieren.

Lesen Sie auch



C+ „Das Interview“ mit Raphael M. Bonelli

„Wir leben in einer Zeit kollektiver Denkstörung“

Sie waren als junger Erwachsener selbst Teil der Studentenbewegung, auch einer maoistischen K-Gruppe. Wie kamen Sie von dieser radikalen Position zu einer Politikkarriere bei den Grünen?

Das war ein längerer Prozess. Es gab mehrere Motive, die mich in diese neue Umlaufbahn brachten. Ein zentraler Punkt war die Gewaltfrage. Mich hat die Genickschuss-Mentalität der RAF erschreckt, das Morden aus scheinbar progressiven Motiven. Parallel fing ich an, mich mit dem Stalinismus zu befassen, also der Frage: Wie konnte es dazu kommen, dass eine Idee, die auf die Befreiung der Menschheit abzielt, in Terror und Totalitarismus endete? Dazu kam das Gefühl, in einer Sekte gelandet zu sein, die sich ihre eigene Welt konstruiert hat, die mit der realen Welt kaum noch zu tun hatte. Dann ging es über Etappen: die ökologische Frage, die Anti-Atom-Bewegung, die damalige Friedensbewegung, die de facto eine Anti-Nachrüstungs- und Anti-Nato-Bewegung war.

Mit den USA haderten die Linken schon immer.

In meiner Generation waren viele fasziniert von den USA, gleichzeitig waren sie der Hauptfeind. Das ist bis heute so. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 spaltete sich die Linke. Die einen waren weiterhin bereit, mit der Sowjetunion zu paktieren, Hauptsache gegen die USA und die Nato. Die anderen sagten: Moment mal. Uns geht es doch um Demokratie und Freiheit.

Warum aber die Abneigung gegen Israel. Wegen der rechten Regierung?

Netanjahu liefert viele Gründe für berechtigte Kritik an Israel. Aber die Wurzeln der Ablehnung liegen tiefer. Bis zum Sechstagekrieg von 1967 war die Linke pro-israelisch. Danach verdammt viele Israel als Vorposten des Imperialismus und glorifizierten den „bewaffneten Befreiungskampf“ palästinensischer Gruppen. Das zieht sich im Grunde bis heute. Diese negative Obsession gegenüber Israel hat auch ein psychologisches Element: Man entlastet sich von der Last der Verbrechen gegenüber den Juden, indem man Israel zum Inbegriff des Bösen erklärt.

Lesen Sie auch



Der Scheinliberale

Wie Volker Wissing Opportunismus zur Staatsräson erklärt

Sie machten in Ihrem Buch den Punkt, die Konfliktlinie in der Gesellschaft verlief heute weniger zwischen rechts und links als zwischen autoritär und liberal.

Ja, zwischen autoritär und freiheitlich. Das gilt global, wo wir eine Rückkehr des Grundkonflikts zwischen Autoritarismus und liberaler Demokratie erleben. Aber es gilt auch für unsere eigenen Gesellschaften, in denen liberale Freiheiten von rechts und links in Frage gestellt werden. Auch wenn

sie sich ideologisch unterscheiden, treffen sie sich in ihrer Bereitschaft, autoritäre Methoden anzuwenden, um ihre Ziele durchzusetzen. Für beide ist der Liberalismus der Hauptgegner.

„Eine liberale Volkspartei ist weit und breit nicht in Sicht“, schreiben Sie. Die FDP ist ja inzwischen ziemlich abgeschmiert. Sie kritisierten sie, weil sie nur noch für Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkung stand.

Das ist zu wenig für eine liberale Partei. Der FDP fehlte jede liberale Fortschrittserzählung, die wirtschaftliche Freiheit mit Bürgerrechten und sozialer Teilhabe verknüpft. Dafür stand Ralf Dahrendorfs Bildungsrevolution: Bildung als Vehikel für sozialen Aufstieg und demokratische Teilhabe. Das Progressiv-Emanzipatorische, das der Liberalismus historisch hat, ging der FDP verloren. Es ist ein Zerrbild, dass Liberale für die Verteidigung des Status quo und der Privilegien der Privilegierten stehen.

Lesen Sie auch



C+ SPD ist die Transferempfängerpartei

Die Wir-haben-verstanden-Wende der Sozialdemokratie findet nicht statt

Die SPD wiederum schafft es nicht, ihre Milieus zusammenzuhalten, also die eher weltoffene, gut ausgebildete, kosmopolitische Schicht und die Arbeiter, die sich von den Auswirkungen der Globalisierung teils bedroht fühlen.

Die SPD trifft dieses Problem am stärksten. Sie hat einen starken Kultur- und Milieuwandel vollzogen, was ihre aktiven Mitglieder und Funktionäre angeht. Sie ist zu einer Partei des Öffentlichen Dienstes und der akademischen Linken geworden, ähnlich wie die Grünen, und darüber hat sie die Lebensrealität, die Empfindungen und die Interessen der eher traditionellen Teile unserer Gesellschaft aus den Augen verloren. Jetzt wildert die AfD in diesen Gefilden. Das andere Problem ist, dass die SPD ihre Wirtschaftskompetenz in der Wahrnehmung der Wähler weitgehend eingebüßt hat. Beides zusammengenommen bedroht ihr politisches Überleben.

Sie versteht Teile ihres eigenen Milieus nicht mehr?

Viele linke Parteien haben das Problem, dass sie lediglich bestimmte gesellschaftliche Milieus repräsentieren und andere entweder aus den Augen verloren haben oder sogar verächtlich auf sie herunterschauen: „Die sind rückständig, die sind reaktionär, die haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden.“ Die soziale, politische und kulturelle Kluft zwischen politischen Eliten und wachsenden Teilen der Bevölkerung ist das Einfallstor für die populistischen Parteien in Europa.

Wie müsste denn eine liberale Volkspartei nach Ihrer Vorstellung aussehen? Wie müsste sie sich geben? Wie müsste sie ihre Mitglieder rekrutieren?

Sie braucht vor allem eine liberale Fortschrittserzählung, Ideen für ein gutes Leben im 21. Jahrhundert. Sie muss freiheitliche Antworten auf Fragen geben, die der Liberalismus weitgehend ausgeblendet hat, zum Beispiel die Klimakrise. Sie muss die Verteidigung der Freiheit mit dem Bedürfnis nach Sicherheit unter einen Hut bringen, Selbstverantwortung und Eigeninitiative stärken. Liberale Parteien sollten mehr professionelle Kompetenz aus Wissenschaft und Wirtschaft in die Politik holen. Sie dürfen keine Funktionärsparteien sein.

Kompetenzen aus Wissenschaft und Wirtschaft klingt wieder nach Elite.

Nicht unbedingt. Das war die Stärke der alten SPD. Die hat vor allem aus Bildungseliten aus der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften rekrutiert. Wir haben heute dank der Bildungsreformen einen viel höheren Prozentsatz an jungen Leuten, die Abitur machen und nicht aus privilegierten Verhältnissen kommen. Das gilt auch für mich. Dieser Liberalismus der Chancen muss wiederbelebt werden. Wir bewegen uns in eine Gesellschaft, in der Wissen die zentrale Produktivkraft ist. Wir müssen deshalb mehr in Bildung, Forschung, Wissenschaft investieren – und zugleich ist die Politik dringend auf die Kompetenz von Menschen aus anderen beruflichen Sphären angewiesen. Wir sollten mehr Wechsel zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ermutigen.

Das Gespräch führte Christine Zinner.

Mehr lesen über

[Deutschland](#)[Grüne](#)[Ukraine-Krieg](#)[USA](#)[Russland](#)[Antisemitismus](#)[Migration](#)[Diskutieren Sie mit ▾](#)

INNENPOLITIK

Nicht noch ein Beleidigungsparagraf!

Wie Volker Wissing Opportunismus zur Staatsräson erklärt

AfD will sich aufspalten und Koalition mit Union bilden